

Sorgende Gemeinschaften

Innovationsraum – 20. Reichenauer Tage zur Bürgergesellschaft 2023 (www.reichenauer-tage.de)



Bildrechte: Getty Images

Wo Sorgende Gemeinschaften entstehen, kann sich ein neues Miteinander entwickeln

Sorgende Gemeinschaften (caring communities) stärken «die vorausschauende anteilnehmende Verantwortungsübernahme für sich und für andere» (Klie 2014) und bearbeiten damit wesentliche gesellschaftspolitische Herausforderungen. Wenn Menschen die Bereitschaft entwickeln, Mitverantwortung für sich und andere zu tragen und lebendige Sorgenetzwerke bilden, trägt dies zur Versorgungssicherheit bei, schafft Möglichkeiten der sozialen Teilhabe und stärkt das Vertrauen in die Nachbarschaft. 'Sorgende Gemeinschaft' bildet eine Leitidee, die lokal, durch vor Ort engagierte Personen und Organisationen gemeinsam bestimmt und mit konkreten Aktionen und Inhalten gefüllt werden muss. Erfolgsversprechend sind Anreize zur Auseinandersetzung mit Werten des Zusammenlebens, was durch gut zugängliche Begegnungsmöglichkeiten unterstützt werden kann. Sorgende Gemeinschaften rufen nicht primär nach einem Ausbau von Angeboten. Vielmehr steht die sinnvolle Abstimmung von Strukturen, Ressourcen und Aktivitäten im Vordergrund. Der öffentlichen Hand kommt dabei die Aufgabe zu, Rahmenbedingungen zu fördern, damit Gemeinschaft entstehen und eine neue Sorgeskultur gepflegt werden kann.

Weitere Informationen unter

Bausteine Sorgende Gemeinschaft – ein Nachschlagewerk zur Unterstützung von Planung, Aufbau und (Weiter-)Entwicklung Sorgender Gemeinschaften:

Kostenloser Download unter <https://www.sorgendegemeinschaft.net/bausteine>

Projekt CareComLabs – gefördert im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms NFP 74:

www.sorgendegemeinschaft.net und www.nfp74.ch.

Schweizer Netzwerk Caring Communities: www.caringcommunities.ch.

Ihre Gastgeberin



Anita Schürch
Bernere Fachhochschule
PART - Kompetenzzentrum Partizipative Gesundheitsversorgung
Murtenstr. 10
CH-3008 Bern
E-Mail: anita.schuerch@bfh.ch

Gefördert durch das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg. Finanziert aus Landesmitteln, die der Landtag Baden-Württemberg beschlossen hat.